universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Versuch eines ökonomischen Modellansatzes bei multipler wirtschaftspolitischer Trägerschaft

Rausch, Günter

1973

IX. Das Entscheidungsproblem auf Grund des erweiterten Modellansatzes

urn:nbn:at:at-ubi:2-1237

IX. DAS ENTSCHEIDUNGSPROBLEM AUF GRUND DES ERWEITERTEN MODELLANSATZES

9.1. Der monokausale Entscheidungsansatz

Während wir versucht haben, mit Hilfe des erweiterten Modells realitätsrelevante Theorien, d.h. Erklärungen über die Beziehungen der ökonomischen Variablen zu erhalten, behandeln Entscheidungsmodelle die Frage: "Wie ist vorzugehen? Was ist zu tun?" Sie versuchen also, die operationale Frage zu beantworten. Mit anderen Worten kann gesagt werden, daß die analytische Betrachtungsweise einer Volkswirtschaft bei Entscheidungsmodellen in eine politische - eine Frage nach der Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens - gekehrt wird, wobei die Verbindung der analytischen Betrachtungsweise mit den Wertvorstellungen (Entscheidungskriterien) das Auffinden rationaler Entscheidungen erst ermöglicht. Es findet also eine Transformation gesetzesmäßiger Aussagen in technologische (politische) statt. Diese Transformation ist daher nur eine tautologische Umformung des ökonomischen Modells[1].

---

1) Vgl. ALBERT H., Konstruktion und Kritik, Hamburg 1972, S. 81 ff.
MENGES G., a.a.O., S. 76 und
GÄFGEN G., a.a.O., S. 98

Der Informationsgehalt der technologischen (politischen) Aussagen des Entscheidungsmodells geht daher nicht über die theoretische Grundlage des Erklärungsmodells hinaus. Die Bedeutung des Entscheidungsmodells ist also vom theoretischen Gehalt des Erklärungsmodells und von der Relevanz für die Lösung der wirtschaftspolitischen Probleme abhängig.

Jedes theoretische System (Erklärungsmodell) involviert eine große Anzahl von Handlungsmöglichkeiten. Daher betrachtet TINBERGEN die wirtschaftspolitische Aktivität als eine Auswahl von theoretischen Möglichkeiten. Die wirtschaftspolitische Aktivität setzt, mit anderen Worten, eine Entscheidung aus der theoretischen Folgerungsmenge voraus[1].

Das wirtschaftspolitische Entscheidungsmodell (die irrelevanten Variablen sind eliminiert) ist daher eine Transformation der reduzierten Form eines Erklärungsmodells.

Stellen wir die reduzierte Form eines Erklärungsmodells dar, :

$$y = f\ (x,\ z)$$

---

1) Vgl. TINBERGEN J., a.a.O., S. 50
ALBECK H., a.a.O., S. 17

so lautet die analytische Fragestellung: Wie werden sich die Zielvariablen y ändern, wenn die Instrumente x und die Daten z bestimmte Werte annehmen?

Die entscheidungstheoretische (politische) Fragestellung ist dann die Umkehrung der analytischen: Wie müssen die Instrumentwerte gewählt werden, wenn bei einer bestimmten Datenentwicklung die Zielvariablen ihre bestmöglichen Werte annehmen sollen?

$$x = f (y , z)$$

Die Instrumentwerte sind nun die Unbekannten, die Zielvariablen und die Daten dagegen die bekannten Variablen[1].

Die Entscheidungsproblematik stößt hier nun auf erhebliche Schwierigkeiten, da die noch unbekannten Werte der Instrumentvariablen das Präferenzniveau der Zielvariablen mitbestimmen. Die beste Handlung ist erst durch die Lösung des Maximierungs-

---

1) Vgl. ALBECK H., a.a.O., S. 19

TINBERGEN J., Modelle zur Wirtschaftsplanung, München 1967, S. 229

WIDMAIER H., ROLOFF O., Thesen zur Kritik der quantitativen Wirtschaftspolitik, in: DÜRR E. (Hrsg.), Neue Wege der Wirtschaftspolitik, Berlin 1972, S. 85

KRELLE W., Ein Prognosesystem, a.a.O., S. 3

problems (Maximierung der Zielfunktion $P = f(x, y)$) ableitbar. Diese Lösung ist aber nur bei einer zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungsinstanz möglich, weil dem wirtschaftspolitischen Ablauf Steuerungscharakter zugeordnet werden kann.

Die Steuerung vollzieht sich durch die zentrale Entscheidungsinstanz, die die wirtschaftspolitischen Instrumente einsetzen kann. Diesem Entscheidungsansatz entspricht das logische Phasenschema der Planung, bei dem nach der Informationsphase und der Programmierungsphase gleich die Realisationsphase folgt.

Eine Entscheidung ist daher unter diesem Gesichtspunkt dann ableitbar, wenn eine rationale und vollständige Präferenzfunktion vorliegt, und wenn die Zusammenhänge der ökonomischen Variablen durch das Erklärungsmodell zufriedenstellend abgebildet werden können.

9.2. Das Konzept des Entscheidungsprozesses

Die oben beschriebenen Prämissen können aber bei einem komplexen Entscheidungsproblem nicht unterstellt werden. So haben wir durch die Erweiterung des modelltheoretischen Ansatzes auch die Proble-

matik der multiplen Trägerschaft festgehalten. Diese Problematik würde aber den monokausalen Entscheidungsansatz nicht berühren, wenn die Zielbildungs- und Machtprozesse theoretisch erklärt werden könnten. Die Erweiterung des Modells brachte aber nur eine Schätzung dieser Vorgänge und nicht deren gesetzmäßige Erklärung. Sogar den ökonomischen Modellen zugrunde liegenden Gesetze konnten ebenfalls nur als "Quasi-Gesetze" bezeichnet werden. In den meisten Fällen werden die Schätzwerte der Präferenz- und Machtstruktur nur bedingt temporäre Gültigkeit besitzen und in den Fällen innovativer Entscheidungen - Routineentscheidungen werden sehr selten sein - werden bei den Entscheidungsinstanzen eher unklare Vorstellungen über ihre eigenen Präferenzen vorhanden sein[1].

Diese Gründe sprechen eher dafür, das Entscheidungsproblem nicht als einen einzigen Entscheidungsakt anzusehen, sondern die Entscheidung als einen offe-

---

1) Vgl. WEBER W., WINDISCH R., PPBS: Neue Wege in der Planung öffentlicher Ausgaben, in: DÜRR E. (Hrsg.), Neue Wege der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 172 f. und

AHARONI Y., On some consequences of the dynamic nature of the decision process, in: (colloques internationaux du centre national de la recherche scientifique, Nr. 171) La décision, a.a.O., S. 5

nen Prozeß zu verstehen[1].

Im Falle des Konzeptes eines Entscheidungsprozesses (dynamischer Planungscharakter), muß davon ausgegangen werden, daß die Lösung des Optimierungsproblems nicht von vornherein bekannt ist, sondern erst im Laufe des Prozesses selber ermittelt werden kann.

Im 1. Planungsabschnitt setzen die wirtschaftspolitischen Entscheidungsinstanzen auf Grund der unvollkommenen Information über die Reaktionsweise ihrer "Gegenspieler" eine Zielwert-Versuchsgröße. Eine Zielkorrektur ist dann in der 2. Planungsphase notwendig, wenn auf Grund der Reaktionen der anderen wirtschaftspolitischen Instanzen die Soll-Ist-Differenz nicht im Bereich der zulässigen Abweichungen liegt.

Mit Hilfe des erweiterten Modellansatzes ist es zwar notwendig, daß die Versuchswerte exogen ge-

---

1) Vgl. MENKE-GLÜCKERT P., Überlegungen zu Planungssystemen der zweiten Generation in der OECD, in: KAISER J.H. (Hrsg.), Planung VI, Baden 1972, S. 350 und

FRIEDEL G.B., COURBIS R., Das "modèle physico-financier", ein neues Instrument der französischen Wirtschaftsplanung, ebenda S. 253

setzt bzw. geschätzt werden, die weiteren Zielkorrekturen können bei vorhandenen Informationen (Präferenzmatrix, Machtvektoren) als Anpassungsprozesse theoretisch endogen interpretiert werden[1].

Erst nach dieser theoretischen Analyse kann infolge der Zielkorrektur die Entscheidung realistisch festgelegt werden.

Der Entscheidungsprozeß läßt sich daher wie folgt darstellen[2]:

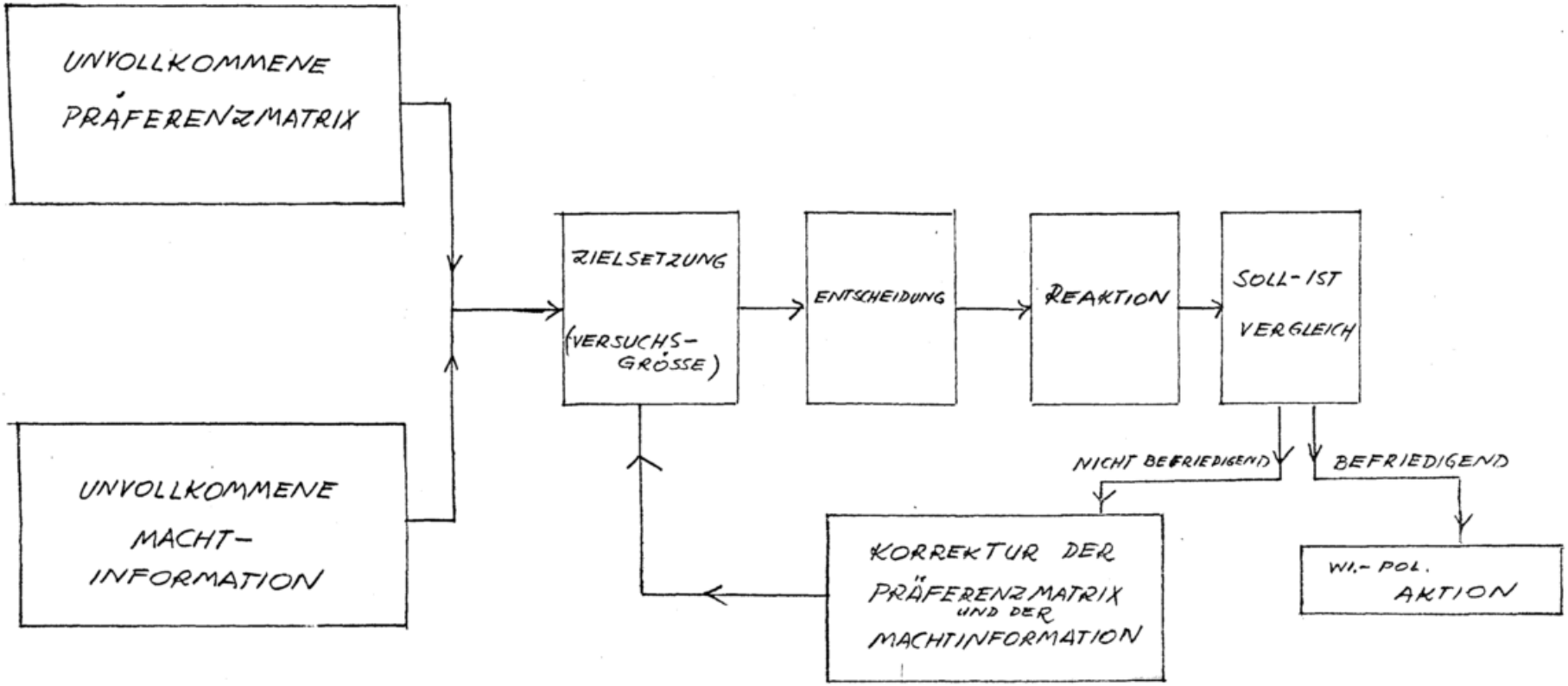
---

1) Die Gewinnung der Informationen kann durch moderne Techniken (Delphi-Technik) beschleunigt werden.

Vgl. NAGEL A., Leistungsfähige Entscheidungen in Politik und Verwaltung durch Systemanalyse, Berlin 1971, S. 32 ff.

2) Dargestellt nach KADE G., HUJER R., IPSEN D., a.a.O., S. 49

ABB. 5 · ENTSCHEIDUNGSPROZESS (FLUSSDIAGRAMM)



Die Zielsetzung erfolgt auf Grund unvollkommener Informationen über die Reaktionen der anderen wirtschaftspolitischen Instanzen. Durch die Entscheidung wird dann der Reaktionsprozeß dieser Instanzen ausgelöst, oder mit anderen Worten der Informationsmangel der 1. Entscheidungsphase wird behoben. Durch den Soll-Ist-Vergleich und der eventuell damit zusammenhängenden Zielkorrektur ist der Einsatz realistischer Instrumentwerte möglich[1].

---

1) Auf Grund des erweiterten Erklärungsmodellansatzes kann auch dieser dynamische Entscheidungsansatz in kybernetischer Modellsprache regelungstechnisch formuliert werden.

Vgl. BEER St., Kybernetische Führungslehre, Frankfurt 1973, S. 31

X. ZUSAMMENFASSUNG

Ausgehend von der Beschreibung der Ziele der Wirtschaftspolitik, die den Gegenstand der ökonomischen Erklärungen bilden, haben wir durch Modelle - einem einfachen funktionalen und einem ökonometrischen Modell - die üblichen Erklärungsversuche der Ökonomie für die wirtschaftlichen Makrogrößen wiedergegeben.

Bei der Konfrontierung dieser Modelle mit der Realität konnten wir festhalten, daß diese Modelle der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht werden, weil sie die Festlegung der exogenen Variablen (der Instrumentvariablen) unter dem Gesichtspunkt einer zentralen, autonomen Entscheidungsinstanz sehen. Die pluralistische Trägerschaft wird, wenn überhaupt, nur unter dem Aspekt der Kooperation der wirtschaftspolitischen Träger untersucht.

Die Erklärung der wirtschaftspolitischen Vorgänge kann aber nur gelingen, wenn die Strategie aller wirtschaftspolitischen Instanzen (aller Spieler) in die Modellanalyse einbezogen wird.

Welche Strategie, d.h. welcher Instrumenteneinsatz durch diese Instanzen durchgeführt wird,

ist von deren Macht und deren Präferenzvorstellungen abhängig.

Aus diesem Grunde haben wir durch die Erweiterung des Modellansatzes die Problematik der Macht- und der Präferenzvorstellungen der Träger der Wirtschaftspolitik in das ökonomische Modell integriert.

Um in modifizierter Form neueren polit-ökonomischen Untersuchungen Rechnung zu tragen, wurden als "realistische" Präferenzwerte jene von "koordinierten" Entscheidungen angenommen, die sich bei relativer oder multipler Entscheidungsinstanz anhand einer Präferenzmatrix ergeben.

Die Verbindung der Macht- und der Präferenzanalyse ermöglichte dann die Schätzung der exogenen Instrumentvariablen des erweiterten Modells. Allerdings konnten die entsprechenden Schätzfunktionen nur den Variationsbereich der Instrumentvariablen auf realistischer Basis einengen - dadurch wurden aber realitätsrelevantere Erklärungen ermöglicht.

Die Entscheidungsproblematik reduziert sich bei vorhandenen realitätsrelevanten Erklärungen - bei einer zentralen Entscheidungsinstanz oder bei gelungener ex-ante Koordination (fixed-target-

policy) - infolge des monistisch-statischen Entscheidungsansatzes auf einen tautologischen Transformationsprozeß von Theorie in Politik.

Wird die ex-ante Koordination nicht unterstellt, so wird durch die Erweiterung des Modellansatzes - durch die Berücksichtigung der Interaktionsprozesse der wirtschaftspolitischen Träger - das Erklärungsmodell dynamisiert. Damit kommt der Entscheidung nicht Steuerungs- sondern Regelungscharakter zu; die Planung kann als ein P r o z e ß verstanden werden.

Obwohl die Macht- und Präferenzbeziehungen nicht gesetzmäßig erklärt werden konnten (von einer idealtypischen Charakterisierung - hierarchisch, kooperativ usw. - abgesehen), erlaubt das erweiterte Modell doch einen genaueren Ansatz in der ersten Entscheidungsphase (Versuchsgröße). Das erweiterte Modell ist sogar die Voraussetzung für die Transformation der Theorie in eine politische Entscheidung, es ist die theoretische Folgerung aus der konjekturalen Situation der Wirtschaftspolitik infolge multipler Trägerschaft.

Die Entscheidung (Planung) kann daher durch die Erweiterung des Modellansatzes wieder auf theoretischer Grundlage durchgeführt werden.

Die quantitative Spezifikation der Schätzfunktion wurde nicht durchgeführt. Es handelt sich hier um ein Grenzgebiet der Ökonomie, dessen Aufhellung durch die Analyse des Machtproblems und der Präferenzvorstellungen aber auch für die Ökonomie eine Herausforderung bedeutet.